



Liebe Leserin,
lieber Leser,

spätestens seit der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke muss uns allen bewusst sein, **welchen Gefahren öffentliche Amts- und Mandatsträger durch die rechte Szene ausgesetzt sind**. Auch ehrenamtlich Aktive und Journalisten werden tagtäglich wegen ihres Einsatzes für Geflüchtete oder als Repräsentanten einer freien Presse mit Bedrohungen konfrontiert. Aus purer Verzweiflung hatte zuletzt der Bürgermeister von Kamp-Lintfort sogar einen Waffenschein beantragt

Als das publik wurde, hat sich an diesem Beispiel eine bundesweite Debatte über die Sicherheit von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern entfacht. Immerhin hat die Landesregierung zwischenzeitlich eingesehen, dass der Bürgermeister von Kamp-Lintfort keine Waffe, sondern Personenschutz benötigt. Auf die Demonstrationen von Rechtsextremen vor dem WDR-Gebäude in Köln hat die Landesregierung indes nicht reagiert. Das war ein absolutes Armutszeugnis. **Denn schließlich müssen wir Demokraten uns den Angriffen auf unsere Werte und unser Zusammenleben geschlossen entgegenstellen**. In der heutigen Aktuellen Stunde forderten wir daher landesweite Solidarität mit den bedrohten Stützen unserer Gesellschaft und die Landesregierung zu entschiedenem Handeln auf.



Am Donnerstag unterrichtete die Landesregierung den Landtag und die Öffentlichkeit über die Bund-Länder-Einigung zum Kohleausstieg. Gemäß dieser Einigung werden in den kommenden Jahren vor allem in NRW Kraftwerke Block für Block vom Netz genommen. **Der Verlust von Stromkapazitäten stellt das Land und die NRW-Wirtschaft vor große Herausforderungen**. Bisher hat die Landesregierung aber jeden Plan vermissen lassen, wie sie auf diese Herausforderungen reagieren will. Das, was wir wissen, beunruhigt uns eher: Denn den Erneuerbaren, insbesondere der Windenergie, hat sie unlängst den Kampf angesagt. Und auch für den Strukturwandel im Rheinischen Revier hat die Landesregierung kein Konzept.

Herzlichst,
Eurer Markus Herbert Weske

Unsere weiteren Themen im Plenum

Die deutsch-französische Freundschaft auch in NRW mit Leben füllen

Die deutsch-französische Freundschaft ist ein untrennbarer Teil des europäischen Integrationsprozesses. Unser gemeinsames Wertefundament hält die Gemeinschaft zusammen. Die Zusammenarbeit bei Themen wie Klimaschutz, Sicherheitsbehörden, Wissenschaft, Ausbildung und Kultur und Medien ist essentiell für die besondere Verbindung unserer beiden Länder. Deshalb wurde am 22. Januar 2019 der Aachener Vertrag, der auf dem Élysee-Vertrag vom 22. Januar 1963 aufbaut, als erneuter Ausdruck der tiefgehenden und weitreichenden Freundschaft von Frankreich und Deutschland verabschiedet. NRW liegt im Herzen Europas und teilt den europäischen Gedanken von Gemeinsamkeit trotz Unterschieden in besonderem Maße. Daher fordern wir eine Stärkung der Zusammenarbeit von NRW und Frankreich als Partner in wirtschaftlichen Beziehungen, regionalen Kooperationen und Städtepartnerschaften.

Drucksache 17/8411

Schulpolitische Halbzeitbilanz: Wann folgen den Versprechen endlich Taten?

In den vergangenen zweieinhalb Jahren ist es der Landesregierung nicht gelungen, grundlegende Probleme wie den Unterrichtsausfall und den Lehrermangel – gerade an unseren Grundschulen und Berufskollegs – in den Griff zu bekommen. Inklusion wird zurück gefahren und beim schulscharfen Sozialindex wird die Frage der Umsetzung genau beobachtet werden müssen. Die Landesregierung läuft meilenweit hinter den Versprechen des Koalitionsvertrags her. Die regierungstragenden Fraktionen haben zudem kaum tragfähige Konzepte vorgelegt. In unserem Antrag ziehen wir daher kritisch Bilanz. Unser Fazit: So kann es nicht weiter gegen! Bildung muss wieder die höchste Priorität haben.

Die Landesregierung bleibt uns nach über der Hälfte der Legislaturperiode eine Strategie schuldig. Wir fordern daher einen verbindlichen Maßnahmenkatalog und die Einrichtung einer Expertenkommission, die die Zukunft der Bildung sichert.

Drucksache 17/8425

Die FernUniversität in Hagen muss gefördert werden!

Die FernUniversität in Hagen ist die größte Universität Deutschlands. Sie bietet als einzige Universität ihr gesamtes Studienangebot als Teilzeit- oder familienbegleitetes Studium an. So bietet sie auch Menschen, denen ein Präsenzstudium aus unterschiedlichsten Gründen nicht möglich ist, die Chance auf ein Studium. Ein Regierungsversprechen der Landesregierung war es, die FernUniversität in Hagen beim Ausbau ihrer Forschungsschwerpunkte und Lehrtätigkeit finanziell zu unterstützen. Dieses Versprechen bleibt uneingelöst. Wir fordern deshalb, die jährlichen Landeszuschüsse für die FernUniversität in Hagen im nächsten Haushalt deutlich zu erhöhen.

Drucksache 17/8424

#FairGehtMehr: Digitale Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen!

Die Digitalisierung prägt die kommunale Daseinsvorsorge immer mehr. Längst ist es das erklärte Ziel vieler Städte und Gemeinden, zu einer Smart City zu werden und kommunale Dienstleistungen digital miteinander zu vernetzen. Die Landesregierung unterstützt dabei zurzeit aber nur einige wenige Modellkommunen. Viele andere bleiben auf der Strecke. Dabei brauchen besonders die kleinen Kommunen Unterstützung - zum Beispiel bei Verhandlungen mit Vertretern aus der Privatwirtschaft. Insbesondere mit Blick auf die Sicherstellung des Datenschutzes dürfen Kommunen bei ihrem Weg zu einer Smart City nicht alleine gelassen und dem Markt ausgeliefert werden. In unserem Antrag fordern wir deshalb die Landesregierung u.a. dazu auf, die Kommunen flächendeckend bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Smart City-Strategien zu unterstützen.

Drucksache 17/8423

Situation der Diabeteserkrankungen in NRW

Fast jeder Zehnte in NRW ist an Diabetes erkrankt. Dabei spielt die soziale Situation eine gewichtige Rolle. Je niedriger der soziale Status, desto wahrscheinlicher ist es, einen Diabetes Typ-2 zu entwickeln. Leider zeigt die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage, dass sie dieses massive Problem immer noch nicht richtig erkannt hat. Wir fordern deshalb einen landesweiten Diabetesplan. Es kann nicht sein, dass die soziale Situation über die Gesundheit entscheidet. Die Landesregierung muss jetzt schnellstens aktiv werden: Denn das Problem wird von Tag zu Tag größer und auch für kommenden Generationen nicht kleiner.

Drucksache 17/8340

Düsseldorf ist Spitzenreiter bei der Förderung des Sports

In 2018 haben die NRW-Kommunen 670,9 Millionen Euro im Sportbereich ausgegeben. Dabei ist Düsseldorf absoluter Spitzenreiter: 57.467.669 Euro hat die Landeshauptstadt in den Sport investiert. Auf den Plätzen folgen mit weitem Abstand Dortmund (44 Millionen Euro) und die 'Millionen-Stadt' Köln (30,5 Millionen Euro).

[weiter](#)

facebook

twitter

flickr

Dieser Newsletter ist an ihre E-Mail-Adresse gesendet worden, weil Sie in einem unserer Verteiler dafür registriert sind. Sollten Sie den Newsletter an eine andere E-Mail-Adresse wünschen, so bestellen Sie den Newsletter über den nachstehenden Link ab und abonnieren ihn erneut, mit der von Ihnen gewünschten Email.

Sie möchten generell keinen Newsletter mehr erhalten? Hier können Sie sich dauerhaft austragen: [Newsletter abbestellen](#)

V.i.S.d.P.: Matthias Herz,

Büro Markus Herbert Weske MdL, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 88 42690

[Impressum](#) - [Datenschutzerklärung](#)